

Offener Brief an die Verhandlungsteams von ÖVP und GRÜNEN zur Bildung einer neuen Bundesregierung

Mit diesem offenen Brief wenden sich die in der Plattform NeFKÖ (Netzwerk für Friedens- und Konfliktforschung und wissenschaftsgestützte Friedensarbeit in Österreich) vereinten Institutionen und Personen an die Verhandlungsteams von ÖVP und GRÜNEN zur Bildung einer neuen Bundesregierung und empfehlen ihnen die folgenden Vorschläge. Wir sind der Überzeugung, dass eine künftige Regierung heute deutlicher denn je die friedenspolitischen österreichischen Traditionen neu beleben und stärken muss.

Es handelt sich um eine Reihe von Vorschlägen, die ein Minimum an Veränderung in einigen Fragen des Friedens und der sozialen Kohäsion in Österreich darstellen. Sie stehen im Einklang mit der Agenda 2030 der UNO sowie mit den SDGs (Sustainable Development Goals), zu denen sich auch Österreich und jede bisherige Bundesregierung bekennt. Die Agenda 2030 hält wortwörtlich fest, dass „zukunftsfähige Entwicklung nur mit Frieden, und Frieden nur mit zukunftsfähiger Entwicklung möglich“ ist.

- (1) **Österreich ist ein umweltbewusstes Land, das über eine schöne Natur und viele Gesetze und erprobte Praktiken zum Schutz der natürlichen Umwelt verfügt.** Heute stellen allerdings das Artensterben und der Klimawandel existentielle Bedrohungen dar. Untätigkeit gefährdet den Frieden in Österreich für diese und nächste Generationen und verschärft auch die Klimakrise weltweit, wie unser Land auch umgekehrt von den ökologischen Katastrophen im Ausland betroffen ist (z.B. Fluchtbewegungen). Österreich muss sich seiner Verantwortung für eine Trendumkehr und für die Erreichung der Pariser Klimaziele bewusst werden:
>>> Substanzielle Maßnahmen zur Erreichung des 1,5° Klimaziels im Geiste von (globaler) Klimagerechtigkeit.
- (2) **Österreich ist ein soziales Land, zu Recht stolz auf seine Sozialleistungen und den im internationalen Maßstab hohen Grad an Sicherheit und innerem Frieden.** Der innere Frieden ist sehr stark auch eine soziale Frage. Die Diskriminierung von bestimmten Gruppen der Wohnbevölkerung, krasse Unterscheidungen zwischen einem WIR und so genannten ANDEREN einzuführen, ist bereits der erste Schritt zum sozialen Unfrieden.
>>> In diesem Sinne gilt es, alle Aktivitäten, Programme und öffentliche Auftritte der künftigen Regierung darauf zu prüfen, ob sie sozialen Frieden fördern oder spaltend sind.
- (3) **Österreich ist ein neutrales Land, international für sein Engagement für den Abbau von Atomwaffen, Landminen und für seine internationale Friedensvermittlung renommiert.** In diesem Sinne erwarten wir uns eine mutige Akzentuierung einer friedensstiftenden Außen- und Sicherheitspolitik durch zivile, gewaltfreie Mittel; ein Engagement der Bundesregierung selbständig, im Rahmen der EU sowie im Rahmen der UNO und anderer internationaler Organisationen:
>>> gegen die zunehmende Militarisierung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten;
>>> gegen österreichische Exporte militärischer Produkte und für eine Rüstungskonversion;
>>> für weltweite Abrüstung, Einschränkung des internationalen Waffenhandels;
>>> für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung auf Grundlage der Menschenrechte, die der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen dient;
>>> für eine Politik, die Fluchtursachen abbaut, Geflüchteten hilft und ihnen auch in Österreich Schutz gewährt, wenn internationale und interne Kriege oder ökologische Zerstörung und Klimawandel Flucht und Migration verursachen.

- (4) **Österreich ist ein wohlhabendes Land, das auch einen angemessenen Beitrag zur internationalen Friedensentwicklung leisten kann.** Das ist eine materielle Frage und zugleich auch eine Frage der Unterstützung mit Know-how, wobei der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle zukommt. Wir schlagen vor:
- >>> schrittweise Anhebung der Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit auf das UNO-Ziel von 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE);
 - >>> Substantielle Anhebung der Finanzierung der Austrian Development Agency (ADA);
 - >>> aktives Bekenntnis und langfristige Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte der Entwicklungszusammenarbeit und entsprechender Bildungsangebote in Österreich.
- (5) **Österreich ist ein demokratisches Land, das über eine breit gefächerte Zivilgesellschaft verfügt und dessen demokratisches Leben sich auf das Engagement zahlreicher Freiwilliger stützt.** In diesem Sinne fordern wir die Bundesregierung auf, die friedenspolitisch aktive Zivilgesellschaft aktiv zu fördern und stärker mit ihr zu kooperieren:
- >>> Institutionalisierung von Zivilen Friedensdiensten in Österreich;
 - >>> Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft: Anerkennung der Erfolge, Erfahrungen und Kompetenzen bezüglich einer informellen Friedensdiplomatie/Friedensmediation „von unten“ durch die österreichische Außenpolitik (z.B. in Krisenregionen wie Kolumbien, Sri Lanka, Südkaukasus, Sudan, Naher Osten);
 - >>> eigenes Budget für internationale Unterstützung ziviler Konfliktbearbeitung und ziviler Friedensdiplomatie durch österreichische und internationale Fachkräfte.
- (6) **Österreich ist ein Land des Wissens, der Wissenschaft und der Forschung mit einem gut ausgebauten Bildungssystem.** Dies muss mehr als bislang auch für das Wissen über Kriegsprävention, Friedensvoraussetzungen und Friedensbildung genutzt werden. Das bedeutet Förderung von Friedensforschung und Friedensbildung als langfristige Grundlage jeder staatlichen und zivilgesellschaftlichen Friedenspolitik:
- >>> Einrichtung eines zumindest teilstaatlich finanzierten Fonds für Friedensforschung mit dem Auftrag, die Möglichkeiten staatlicher und zivilgesellschaftlicher gewaltfreier Konfliktbearbeitung, Friedenssicherung und Friedensbildung zu untersuchen, Empfehlungen zu erarbeiten und für ein allgemeines Publikum aufzubereiten sowie Wissen und Know-how für die Ausbildung von Friedensfachkräften;
 - >>> schrittweiser Aufbau von friedenswissenschaftlichen Lehrstühlen an Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen.
- (7) **Österreich ist ein Land der guten Verwaltung und der verlässlichen staatlichen Strukturen.** Dies bietet eine gute Ausgangsbasis für die Schaffung der strukturellen Voraussetzungen für eine umfassende Friedenspolitik:
- >>> Aufbau eines Staatssekretariats für zivile Konfliktbearbeitung im In- und Ausland, das auch als Schaltstelle zwischen den einzelnen damit betrauten Ministerien fungiert und eine Koordination gewährleistet;
 - >>> Einführung von übergeordneten Qualitätskriterien für alle Budgetentscheidungen, die folgende Parameter berücksichtigen: Folgen für Klima und Umwelt / Gleichstellung der Geschlechter / Gleichbehandlung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen / Auswirkungen auf die Ärmsten der Gesellschaft / Konsequenzen für den inneren und den globalen Frieden.

Die unterzeichnenden Institutionen und Personen:

Internationaler Versöhnungsbund, österreichischer Zweig

Österreichisches Studienzentrum für Frieden & Konfliktlösung, ASPR Schlaining

Zentrum für Friedensforschung und Friedensbildung, Universität Klagenfurt

Mag. Stephanie Fenkart, M.A., International Institute for Peace (IIP), Wien

David Gamsjäger, Wien

Dr. Wilfried Graf, Herbert C. Kelman Institute

Hans Peter Graß, MA, Friedensbüro Salzburg

Dr. Brigitte Holzner, M.A., Wien

Dr. Bert Preiss

Daniel Rehsman

Maria Schöller, Wien

Sophia Stanger, Wien

Cornelia Stanzel, Mitglied der Friedensinitiative der Stadt Linz

Dr. Reiner Steinweg, Mitglied der Friedensinitiative der Stadt Linz

Dr. Hannes Swoboda, MEP ret, International Institute for Peace (IIP), Wien

Dr. Ronald Tuschl, Graz

Univ.-Prof. (i.R.) Dr. Werner Wintersteiner, Friedensforscher, Alpen-Adria-Uni Klagenfurt

Dr. Christian Wlaschütz

05. Dezember 2019